

FAKTEN STATT ZERRBILDER

Die Realität auf dem deutschen Arbeitsmarkt

FAKTEN STATT ZERRBILDER

Die Realität auf dem
deutschen Arbeitsmarkt

INHALT

1	DER DEUTSCHE ARBEITSMARKT IN GUTER VERFASSUNG	5
1a	Arbeitslosigkeit auf niedrigstem Stand seit Wiedervereinigung.	6
1b	Vom kranken Mann Europas zum deutschen Jobwunder – Beschäftigung auf Rekordstand	8
1c	Langzeitarbeitslosigkeit mehr als halbiert.	9
1d	Beschäftigung Älterer auf einem sehr guten Weg	10
1e	Jugendarbeitslosigkeit auf niedrigstem Niveau in Europa	12
2	DIE MÄR VON DER „PREKÄREN ARBEITSWELT“ IN DEUTSCHLAND UND ANDERE LEGENDEN	13
2a	Flexible Beschäftigungsverhältnisse schaffen Arbeit und ermöglichen Teilhabe	14
2b	Teilzeit fast immer aus privaten Gründen gewollt	16
2c	Zeitarbeit: ein vollwertiges Arbeitsverhältnis.	18
2d	Befristungen erleichtern Einstieg ins Berufsleben	20
2e	Minijobs: unverzichtbar.	22
2f	„Aufstocken“ verhindert Armut und schafft Chancen	24
2g	Geeignete Auszubildende händeringend gesucht	26
2h	Arbeitszeitvolumen auf höchstem Stand seit 1992	28
	Verwendete Quellen	30



A person's profile is visible on the left side of the image, looking towards a server rack. The server rack is filled with various cables and components, including blue and yellow cables. The background is slightly blurred, showing more of the server room environment.

1 DER DEUTSCHE ARBEITSMARKT IN GUTER VERFASSUNG

„Die Wirtschaft hat seit der globalen Krise von 2008 eine stetige Erholung verzeichnet, und der Arbeitsmarkt hat sich dank früherer Reformen kräftig entwickelt. [...] Deutschland weist einen hohen materiellen Lebensstandard sowie eine geringe Einkommensungleichheit auf und schneidet bei den meisten Aspekten der Lebensqualität gut ab.“

OECD, OECD-Wirtschaftsberichte Deutschland, April 2015

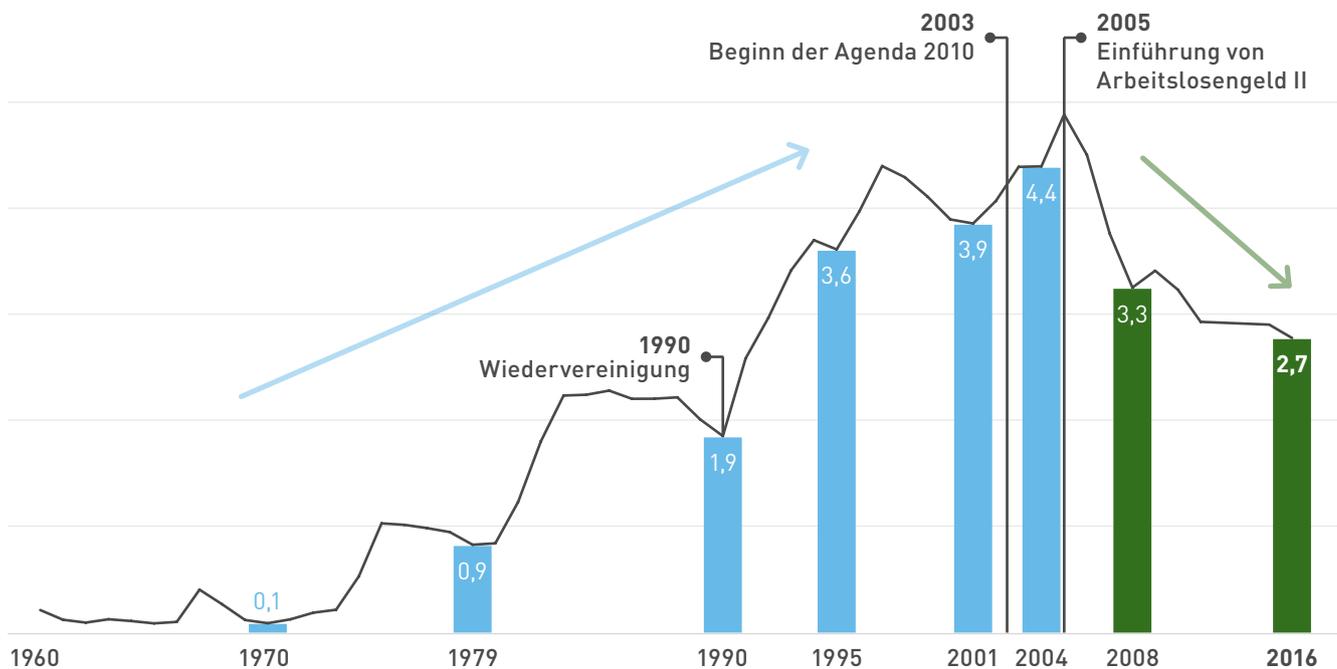
1a Arbeitslosigkeit auf niedrigstem Stand seit Wiedervereinigung

Der Arbeitsmarkt in Deutschland befindet sich dank richtiger Reformen im Zuge der Agenda 2010 seit Jahren auf Erfolgskurs. Trotz des heftigsten konjunkturellen Einbruchs, den es in Deutschland je gegeben hat – das Bruttoinlandsprodukt sank im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 auf einen Schlag um 5,1 % (Stat. Bundesamt, 2016a) –, ist die Zahl der Arbeitslosen in Arbeitsagenturen und Jobcentern in den vergangenen Jahren immer weiter gesunken.

Der jahrzehntelange, fatale Trend einer steigenden Sockelarbeitslosigkeit, also der Zahl der Arbeitslosen, die selbst am Ende eines konjunkturellen Aufschwungs keine Beschäftigung gefunden haben, konnte nach 2005 gestoppt und umgekehrt werden. Insgesamt sank die Zahl der Arbeitslosen vom traurigen Rekord von 4,9 Mio. im Jahr 2005 auf unter 2,7 Mio. im Jahr 2016 (BA, 2017a).

ARBEITSLOSIGKEIT SINKT – SPALTUNG AM ARBEITSMARKT WIRD ENDLICH ÜBERWUNDEN

Entwicklung der Sockelarbeitslosigkeit in Mio.



— Zahl der Arbeitslosen
■ Sockelarbeitslosigkeit

Sockelarbeitslosigkeit: harter Kern der Arbeitslosigkeit, der auch in konjunkturell guten Zeiten bestehen bleibt;
Zahl der Arbeitslosen: bis 1990 nur Westdeutschland

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2017a; eigene Darstellung

Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen, also derjenigen, die länger als zwölf Monate ohne Beschäftigung sind, ist seit 2005 um mehr als 1 Mio. zurückgegangen (OECD, 2016a). Auch wenn gerade hier noch viel zu tun ist, darf nicht übersehen werden, dass zahlreiche Menschen, die früher vom Arbeitsmarkt ausgesperrt waren, endlich eine neue Beschäftigung gefunden haben. Sie tauchen nicht mehr in der Arbeitslosen-, sondern in der Beschäftigtenstatistik auf.

Unterbeschäftigung sinkt

Der Abbau der Arbeitslosigkeit beruht nicht – wie oftmals fälschlicherweise behauptet – auf statistischen Tricks. Seit 2005 ist nicht nur die Zahl der Arbeitslosen um über 40 % gesunken (das waren 2,1 Mio. weniger), sondern auch die Zahl der sog. Unterbeschäftigten ging um 2,5 Mio. zurück. Zu ihnen gehören neben den Arbeitslosen auch diejenigen, die an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnehmen und die deswegen formal nicht als arbeitslos gelten (BA, 2016a).

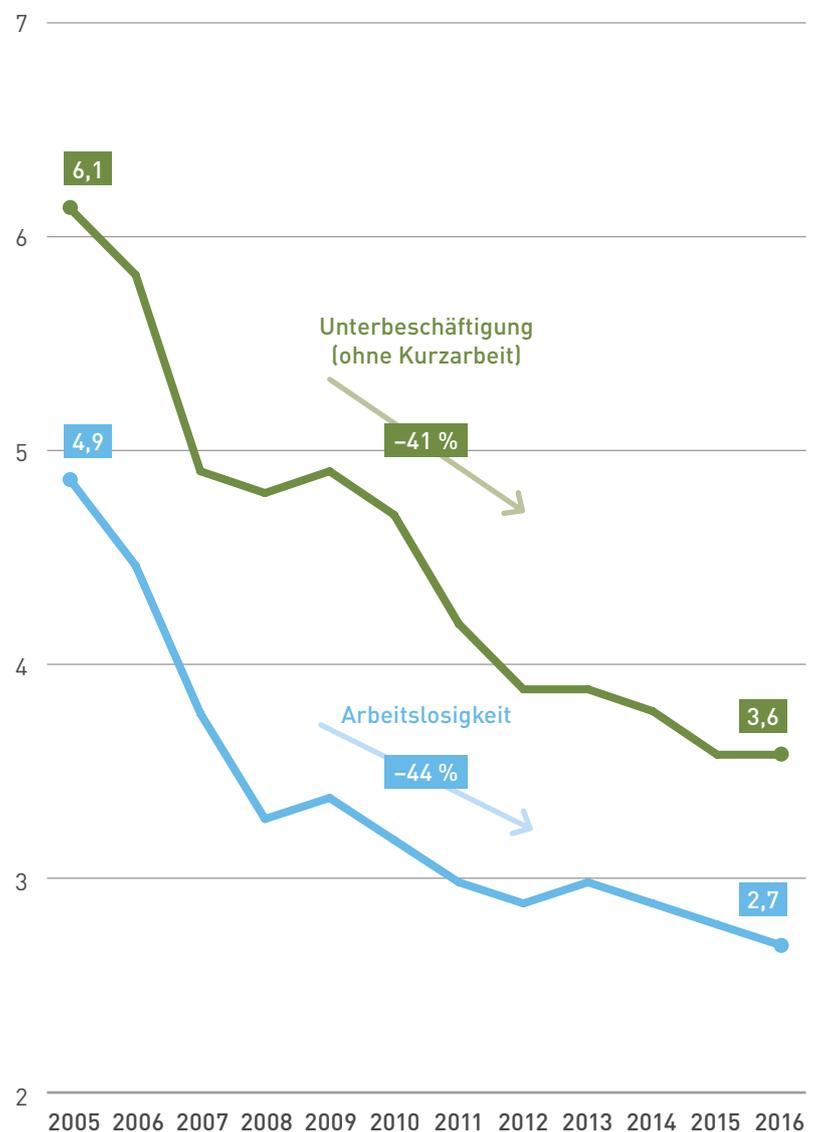
Zahl der Sozialleistungsbezieher sinkt

Erfreulicherweise sind auch immer weniger Menschen in Deutschland auf Sozialleistungen angewiesen. 2014 bezogen knapp 7,6 Mio. Menschen sog. Mindestsicherungsleistungen (z.B. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfen zum Lebensunterhalt, Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) – 2006 waren es noch über 8,3 Mio. (Stat. Bundesamt, 2016b).

Allein die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II ist in diesem Zeitraum um 17 % zurückgegangen (BA, 2015a). Hunderttausende Bezieher von Arbeitslosengeld II haben es geschafft, sich von staatlicher Fürsorgeleistung zu lösen, und meistern ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft.

RÜCKGANG VON ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG SEIT INKRAFTTRETEN DER AGENDA 2010

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in Mio.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2017a

1b Vom kranken Mann Europas zum deutschen Jobwunder – Beschäftigung auf Rekordstand

Es ist gerade einmal 15 Jahre her, dass Deutschland als „kranker Mann Europas“ galt, dessen verkrustete Strukturen vor allem am Arbeitsmarkt das Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung nachhaltig hemmten. Wie deutlich sich das Bild seitdem gewandelt hat, zeigt auch die Berichterstattung im Ausland. Die britische Zeitschrift „Economist“, die im Jahr 1999 die Bezeichnung Deutschlands als „kranken Manns Europas“ geprägt hatte, sprach im Jahr 2010 von Deutschland als „Motor Europas“, dessen Arbeitsmarkt die Wirtschafts- und Finanzkrise so gut überstanden habe wie kaum ein anderes Land.

Beschäftigung auf Rekordniveau

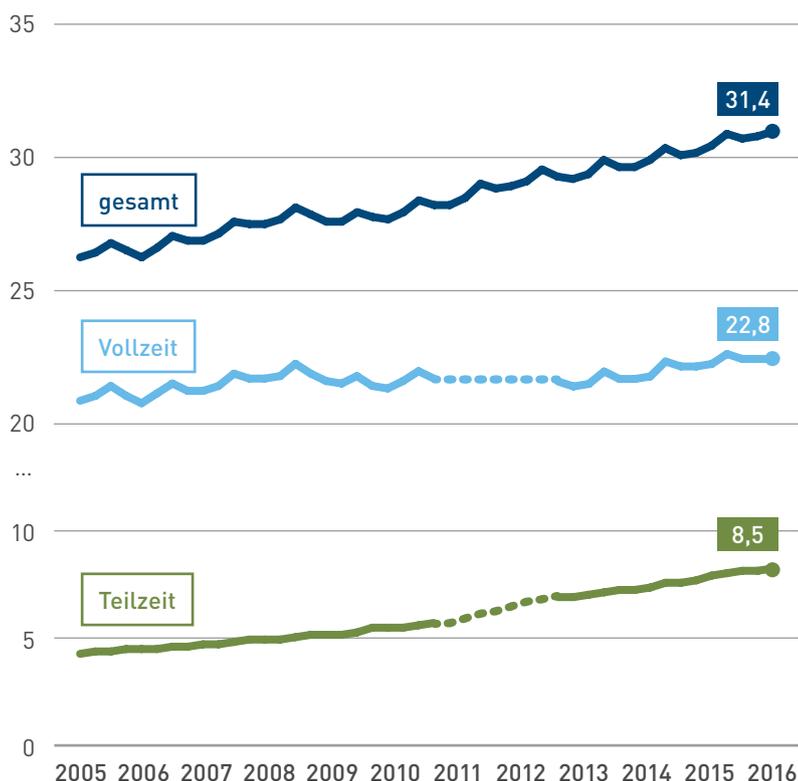
Zwischen 2005 und 2015 sank die Erwerbslosenquote¹ in Deutschland von 11,2 % auf 4,6 %, den niedrigsten Wert innerhalb der EU (Eurostat, 2016a). Gleichzeitig kletterte die Beschäftigung auf immer neue Rekordstände. Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt stieg um 3,7 Mio. auf rd. 43 Mio. (Stat. Bundesamt, 2016c). Allein die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist zwischen 2005 und 2016 um 5 Mio. auf über 31 Mio. angewachsen (BA, 2017b). Entgegen einem weit verbreiteten und medial geschürten Gefühl fortschreitender Prekarisierung und Verarmung in Deutschland gab es einen enormen Aufholprozess, der Politik und Gesellschaft Anlass zur Freude gibt. In nicht einmal einer Dekade wurde auf dem Arbeitsmarkt der Turnaround geschafft. Wesentlich mitverantwortlich hierfür sind die Stärke und Innovationskraft der deutschen Wirtschaft, eine funktionierende Sozialpartnerschaft sowie die in den vergangenen Jahren erhöhte Flexibilität des Arbeitsmarkts, welche von der Politik auch gegen Widerstände durchgesetzt wurde.

Kernstück der Reformen am Arbeitsmarkt war ein fundamentaler Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik: Die weltweit einmalige lohnabhängige, dauerhafte finanzielle Unterstützung Langzeitarbeitsloser über eine am letzten Gehalt orientierte Arbeitslosenhilfe wurde aufgegeben, mit der Sozialhilfe zusammengelegt und durch das Arbeitslosengeld II als bedarfsorientiertes Grundsicherungs- und Fördersystem ersetzt. Bei diesem steht die Integration in den ersten Arbeitsmarkt im Sinne eines „Forderns und Förderns“ an vorderster Stelle. Zudem wurde der Einsatz flexibler Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit und Minijobs erleichtert, ohne dass dies im Ergebnis die klare Dominanz der sog. Normalarbeitsverhältnisse in Deutschland auch nur „angekratzt“ hätte.

¹ Für internationale Vergleiche wird das Konzept der Erwerbslosenquote der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verwendet. Die ILO-Erwerbslosenquote fällt niedriger aus als die Arbeitslosenquote der Bundesagentur für Arbeit, da nach dem ILO-Konzept bereits Personen aus dem Kreis der Erwerbslosen herausfallen, die mehr als eine Stunde pro Woche arbeiten.

BESCHÄFTIGUNG STEIGT AUF REKORDWERT!

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Mio.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2017b

1c Langzeitarbeitslosigkeit mehr als halbiert

Seit 2005 ist in Deutschland ein vorzeigbarer Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit geglückt, auch wenn hier noch einiges im Argen liegt. Nach Zahlen der OECD hat sich die Zahl der Menschen, die zwölf Monate und länger arbeitslos sind, zwischen 2005 und 2015 auf unter 1 Mio. mehr als halbiert (OECD, 2016a).

Allerdings ist das kein Grund, sich auszurufen, denn der „harte Kern“ an Arbeitslosen, der nur sehr schwer vermittelt werden kann, ist nun erreicht und aktuell zweifellos die größte arbeitsmarkt- und bildungspolitische Herausforderung. Seit 2013 gelingt der weitere Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit vielerorts nur noch in kleinen Schritten.

Weil die Zahl der Kurzarbeitslosen so stark gesunken ist und die Vermeidung von Arbeitslosigkeit in Deutschland immer besser gelingt, fällt die stagnierende Zahl der Langzeitarbeitslosen immer stärker ins Gewicht: Mittlerweile sind nach Angaben der OECD 44 % der Arbeitslosen in Deutschland

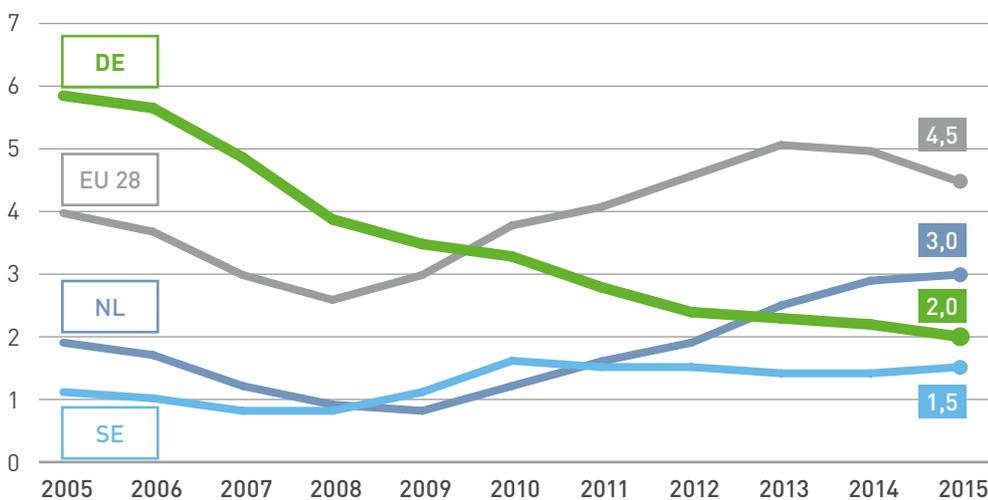
langzeitarbeitslos (OECD, 2016b). Dieser Wert ist im internationalen Vergleich zwar recht hoch, daraus den Schluss zu ziehen, in Deutschland dominiere – anders als in anderen Ländern – Langzeitarbeitslosigkeit, wäre falsch: Gemessen an allen Erwerbspersonen sind in Deutschland nur 2,0 % langzeitarbeitslos (Eurostat, 2016b). Damit liegt Deutschland EU-weit auf Rang 6 von 28 bzw. weist einen mit den skandinavischen Staaten vergleichbaren Wert auf.

„Harter Kern“ der Langzeitarbeitslosen angehen

Nicht der Umfang, sondern die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit ist in Deutschland die große Herausforderung. Insbesondere Geringqualifizierte, die über 50 % der Langzeitarbeitslosen ausmachen (BA, 2016b), sind häufiger und vor allem zu lange vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Diesen harten Kern der Arbeitslosigkeit gilt es zu verringern.

DEUTSCHLAND BEIM ABBAU DER LANGZEITARBEITSLSIGKEIT EU-WEIT AUF RANG 6 VON 28

So viel Prozent der Erwerbspersonen sind langzeitarbeitslos:

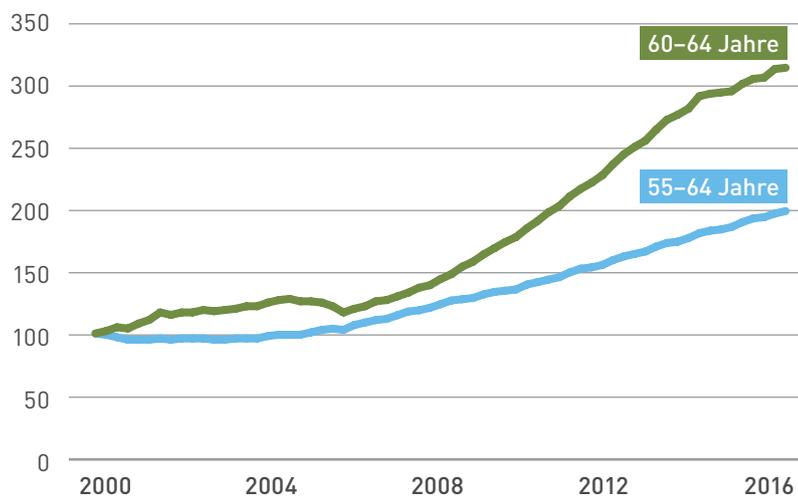


Quelle: Eurostat, 2016b

1d Beschäftigung Älterer auf einem sehr guten Weg

ZAHL DER SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTEN 60- BIS 64-JÄHRIGEN HAT SICH VERDREIFACHT!

Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung Älterer (Juni 2000 bis Juni 2015, normiert auf das Jahr 2000)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2017c; eigene Berechnungen

Die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich in den vergangenen Jahren stark verbessert. Das ist auch dem Einstieg in eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit („Rente mit 67“) und der Abkehr von politisch gewollten und oftmals kontraproduktiven Frühverrentungsprogrammen zu verdanken. Die positive Entwicklung wird allerdings getrübt von der teuren und kontraproduktiven Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen ist zwischen 2000 und 2016 auf über 1,9 Mio. gestiegen und hat sich damit verdreifacht (BA, 2017c). Insgesamt ist die Zahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Zeitraum „nur“ um 13 % gestiegen (BA, 2017c). Die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen ist zwischen 2000 und 2015 um mehr als die Hälfte von 37 % auf 66 % gestiegen. Bei den 60- bis 64-Jährigen hat sie sich seitdem sogar mehr als verdoppelt und lag zuletzt bei 53 % (Eurostat, 2016d). Darüber hinaus haben laut Mikrozensus im Jahr 2015 rd. zwei Drittel der abhängig Beschäftigten dieser Altersgruppe in Vollzeit gearbeitet (Stat. Bundesamt, 2016d).



Seit 2005 hat sich die Wahrscheinlichkeit für ältere Arbeitslose, aus dem Arbeitslosengeld-I-Bezug heraus eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, verdoppelt (IAB, 2016b), kann aber noch weiter verbessert werden. Der oft behauptete Anstieg der Arbeitslosigkeit Älterer allerdings beruht ausschließlich auf einer Statistikänderung. Nach dieser werden heute auch Arbeitslose im Alter von über 58 Jahren berücksichtigt, die früher zu großen Teilen nicht als arbeitslos gezählt wurden.

EU-weit ist nur Schweden besser bei der Arbeitsmarktintegration Älterer

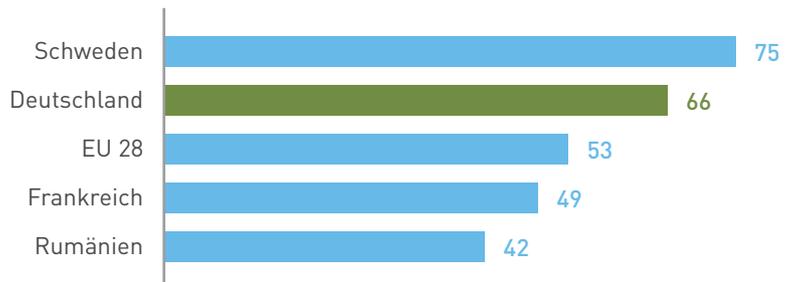
In keinem anderen Land der EU, mit Ausnahme von Schweden, sind ältere Menschen besser in den Arbeitsmarkt integriert als in Deutschland. Dies zeigt: Die Unternehmen in Deutschland nehmen die Herausforderung an, mit alternden Belegschaften und einem sinkenden Potenzial an jüngeren Fach- und Führungskräften die betriebliche Leistungsfähigkeit im globalen Wissens- und Innovationswettbewerb zu erhalten bzw. zu stärken. Für Ostdeutschland gilt: Liegen Bewerbungen von Älteren vor, dann wird in knapp 60 % der Fälle eine neu ausgeschriebene Stelle auch mit einem über 50-Jährigen besetzt (IAB, 2016c).

Rente mit 63 entzieht dem Arbeitsmarkt Fachkräfte

Allerdings konterkariert die am 1. Juli 2014 in Kraft getretene abschlagsfreie Rente mit 63 all die notwendigen Bemühungen um eine Ausweitung der Lebensarbeitszeit. Zudem entzieht sie dem Arbeitsmarkt dringend benötigte Fachkräfte. So ist die Beschäftigung der 63- bis 65-Jährigen seit Inkrafttreten wieder rückläufig, zuvor ist sie stetig gestiegen (BA, 2015b). Aufgrund der abschlagsfreien Rente mit 63 liegt die Beschäftigung der über 63-Jährigen um rd. 90.000 unter der Beschäftigtenzahl, die aus einer Fortschreibung des positiven Beschäftigungstrends vor 2014 resultieren würde.

DEUTSCHLAND BEI BESCHÄFTIGUNG ÄLTERER EU-WEIT AUF PLATZ 2

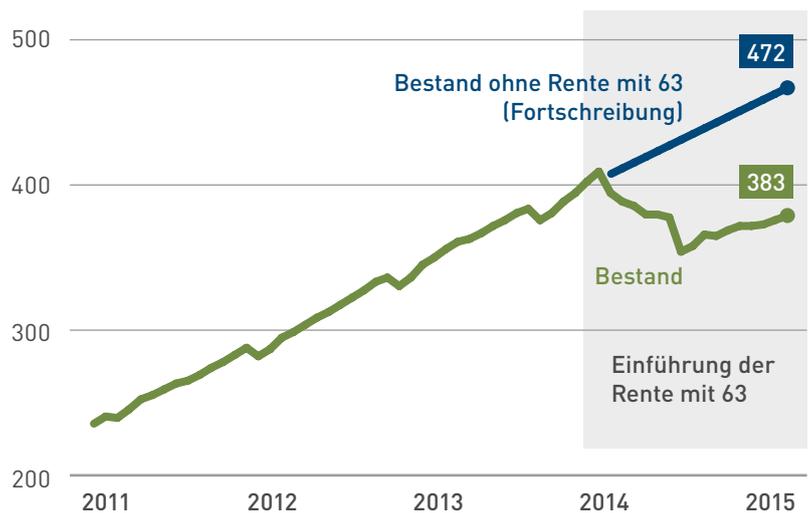
Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen in ausgewählten EU-Staaten, 2015, in %



Quelle: Eurostat, 2016d

RENTE MIT 63 SORGT FÜR BESCHÄFTIGUNGSEINBRUCH BEI ÄLTEREN FACHKRÄFTEN

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von 63- und 64-Jährigen (2011 bis 2015), in Tsd.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2016; eigene Berechnungen

1e Jugendarbeitslosigkeit auf niedrigstem Niveau in Europa

Gerade für junge Menschen ist eine frühzeitige und längerfristige Arbeitslosigkeit eine prägende negative Erfahrung. Deswegen ist es besonders erfreulich, dass die Arbeitsmarktchancen für Jugendliche in Deutschland so gut sind wie sonst nirgends in Europa: In keinem anderen Land ist die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen niedriger als in der Bundesrepublik (Eurostat, 2016a).

Dies ist kein kurzfristiges Phänomen – Deutschland belegt in dieser Statistik schon seit vielen Jahren kontinuierlich einen der vorderen Plätze. Wesentlich hierfür verantwortlich ist das duale Ausbildungssystem, welches durch die enge Verknüpfung mit der beruflichen Praxis einen optimalen Start in den Beruf ermöglicht. Die duale Ausbildung

lohnt sich für beide Seiten: Sie sichert den Unternehmen qualifizierte Fachkräfte und den Jugendlichen gute berufliche Chancen.

80 % der ausbildungsberechtigten Betriebe bilden aus

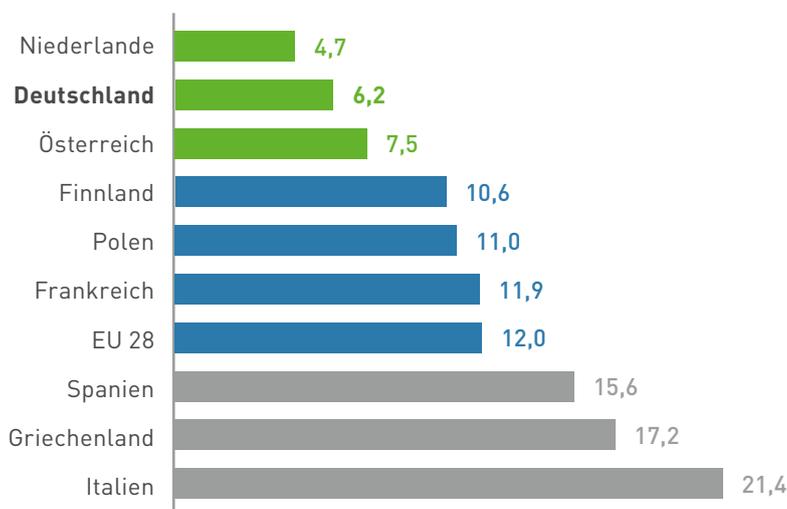
Die Unternehmen in Deutschland engagieren sich auf breiter Basis für die Ausbildung. Zwischen 2009 und 2014 haben 80 % der ausbildungsberechtigten Betriebe ausgebildet (IAB, 2016a). Pro Jahr investieren sie rd. 24 Mrd. € in die Ausbildung von rd. 1,3 Mio. jungen Menschen (BIBB, 2016).

Wettbewerbsfähigkeit schafft Chancen für Jugendliche

Neben einer praxisnahen Ausbildung sind auch wirtschaftliche Dynamik und flexible Arbeitsmärkte die Grundvoraussetzung für eine hohe Jugendbeschäftigung. In manchen EU-Staaten mit geringerer Wettbewerbsfähigkeit wie z. B. Spanien oder Griechenland liegt die Jugendarbeitslosenquote bei knapp 50 % (Eurostat, 2016a). Das bedeutet zwar entgegen einer weit verbreiteten Meinung nicht, dass über die Hälfte aller Jugendlichen in diesen Ländern arbeitslos ist, da die meisten Jugendlichen aufgrund von Schule und Ausbildung dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung stehen. Dennoch gehen zwischen 15 % und 20 % der Jugendlichen in Griechenland, Spanien oder Italien weder einem Beruf noch einer schulischen, beruflichen oder universitären Ausbildung nach (Eurostat, 2016c). Im Vergleich dazu liegt die sog. NEET-Rate („Not in Employment, Education or Training“), d. h. der Anteil der Jugendlichen ohne Job, Schul- oder Ausbildungsplatz, in Deutschland mit 6,2 % nach den Niederlanden auf dem niedrigsten Wert innerhalb der EU (Eurostat, 2016c). Notwendig für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sind Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. In Mitgliedstaaten, die bereits vor der Krise notwendige Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt durchgeführt haben, sind auch dank dieser Reformen die Jugendarbeitslosigkeit sowie die Arbeitslosigkeit insgesamt deutlich geringer.

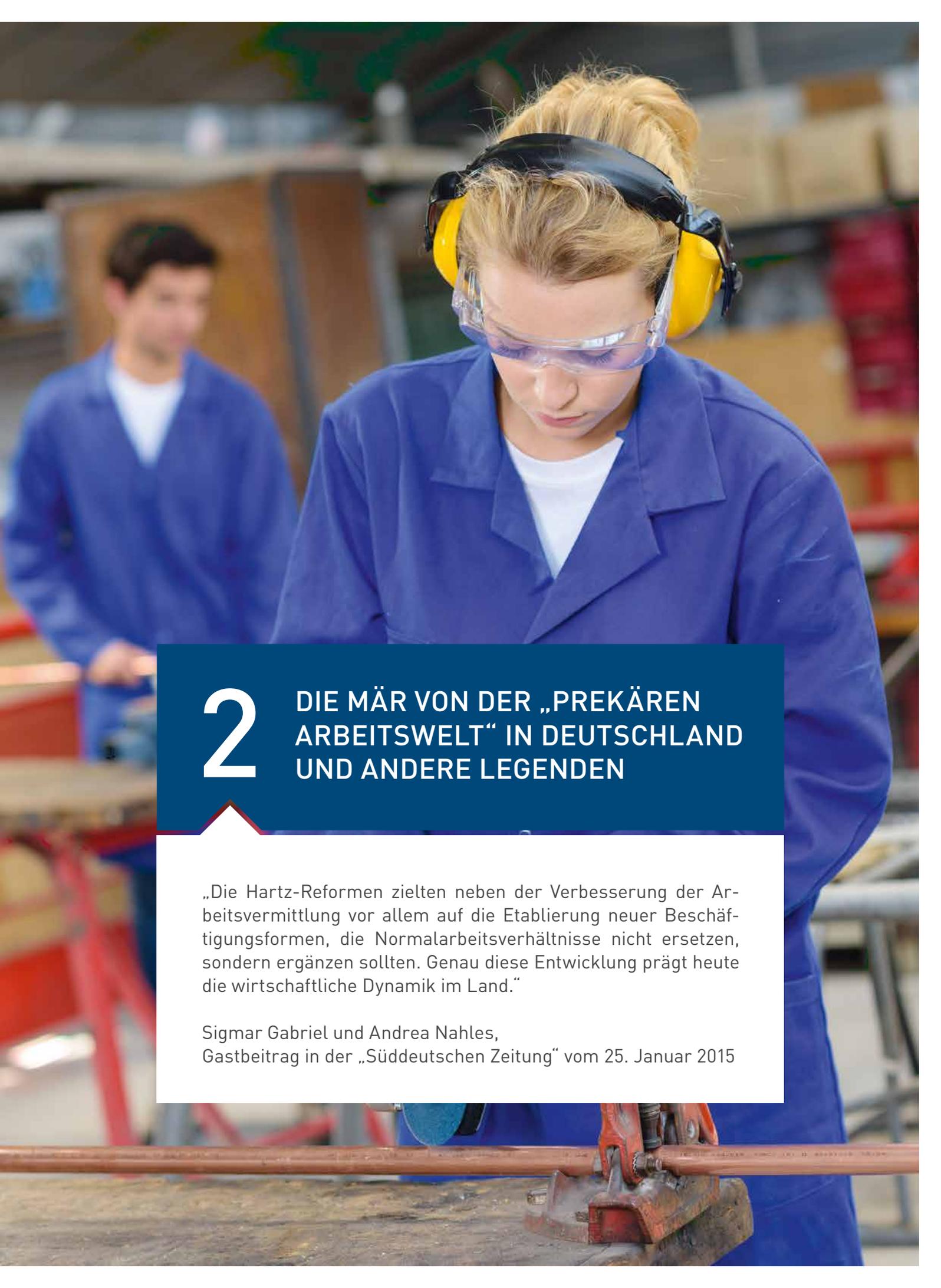
MEHR BESCHÄFTIGUNG UND QUALIFIZIERUNG VON JUNGEN MENSCHEN DURCH MEHR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

NEET*-Rate der 15- bis 24-Jährigen in % in ausgewählten Ländern (2015)



*NEET („Not in Employment, Education or Training“): Anteil der jungen Menschen, der weder einer Beschäftigung nachgeht noch sich in schulischer, betrieblicher oder Hochschulausbildung befindet

Quelle: Eurostat, 2016c



2

DIE MÄR VON DER „PREKÄREN ARBEITSWELT“ IN DEUTSCHLAND UND ANDERE LEGENDEN

„Die Hartz-Reformen zielten neben der Verbesserung der Arbeitsvermittlung vor allem auf die Etablierung neuer Beschäftigungsformen, die Normalarbeitsverhältnisse nicht ersetzen, sondern ergänzen sollten. Genau diese Entwicklung prägt heute die wirtschaftliche Dynamik im Land.“

Sigmar Gabriel und Andrea Nahles,
Gastbeitrag in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 25. Januar 2015

2a Flexible Beschäftigungsverhältnisse schaffen Arbeit und ermöglichen Teilhabe

ZERRBILD

FAKTEN

2015 waren mit 23% der abhängig Beschäftigten deutlich weniger flexibel beschäftigt als noch 2006 mit knapp 26% (Stat. Bundesamt, 2016e).

„Vier von zehn Beschäftigten in Deutschland arbeiten nicht in einem Normalarbeitsverhältnis, sondern in atypischer Beschäftigung wie Minijobs, Teilzeit und Leiharbeit. Ihr Anteil an allen Arbeitsverhältnissen ist von 2013 auf 2014 sogar leicht gestiegen.“

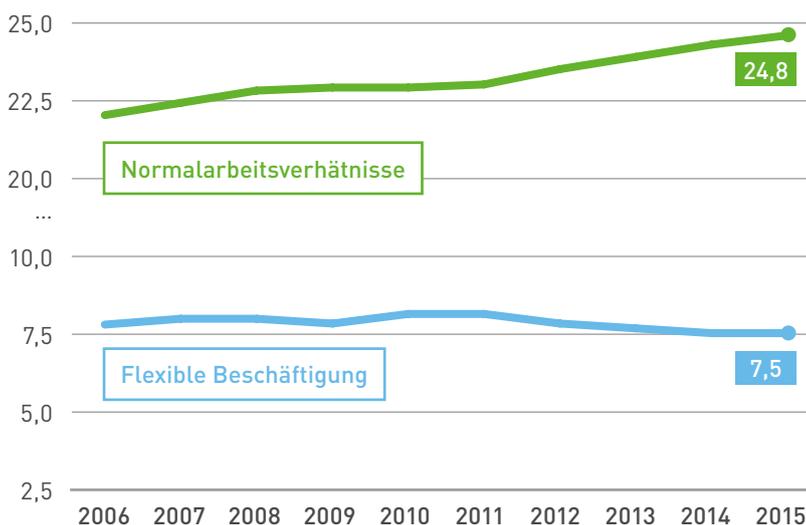
DGB, „Leiharbeit, Teilzeit, Minijobs: 40 Prozent atypisch beschäftigt“, www.dgb.de, 13. April 2015

Der Anteil der flexibel Beschäftigten an der Bevölkerung ist zwischen 2006 und 2015 konstant geblieben. Dagegen ist der Anteil der Erwerbslosen gesunken und der Anteil der „Normalarbeitnehmer“ gestiegen (Stat. Bundesamt, 2016e).

Zwischen 2006 und 2015 sind rd. 2,7 Mio. neue „Normalarbeitsplätze“ entstanden, die flexible Beschäftigung ist hingegen um 40.000 gesunken (Stat. Bundesamt, 2016e).

2,7 MIO. ZUSÄTZLICHE „NORMALARBEITSPLÄTZE“ SEIT 2006

Beschäftigte in flexiblen und sog. Normalarbeitsverhältnissen in Mio.



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2016e

Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind flexible Beschäftigungsformen (geringfügige Teilzeit, Minijob, Zeitarbeit, Befristung) der einzig mögliche Einstieg in Erwerbstätigkeit.

Entgegen zahlreichen falschen Behauptungen insbesondere von Gewerkschaftsseite gab es in den vergangenen zehn Jahren keine Ausweitung von flexiblen Beschäftigungsformen. Zwischen 2006 und 2015 waren rd. 14 % der 15- bis 64-Jährigen flexibel beschäftigt. Deutlich gestiegen ist aber der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter, die einem sog. Normalarbeitsverhältnis nachgehen: von 40 % auf 47 %. Der Anteil derjenigen, die arbeitslos sind bzw. keiner Beschäftigung nachgehen, ist erfreulicherweise von 33 % auf 26 % gesunken (Stat. Bundesamt, 2016e).

Gerade flexible Beschäftigungsformen haben in der Vergangenheit dazu beigetragen, dass viele Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose den Weg zurück in den Arbeitsmarkt gefunden haben. Im Jahr 2015 waren über 40 % der abhängig Beschäftigten ohne Berufsausbildung in flexiblen Beschäftigungsverhältnissen tätig (Stat. Bundesamt, 2016f).

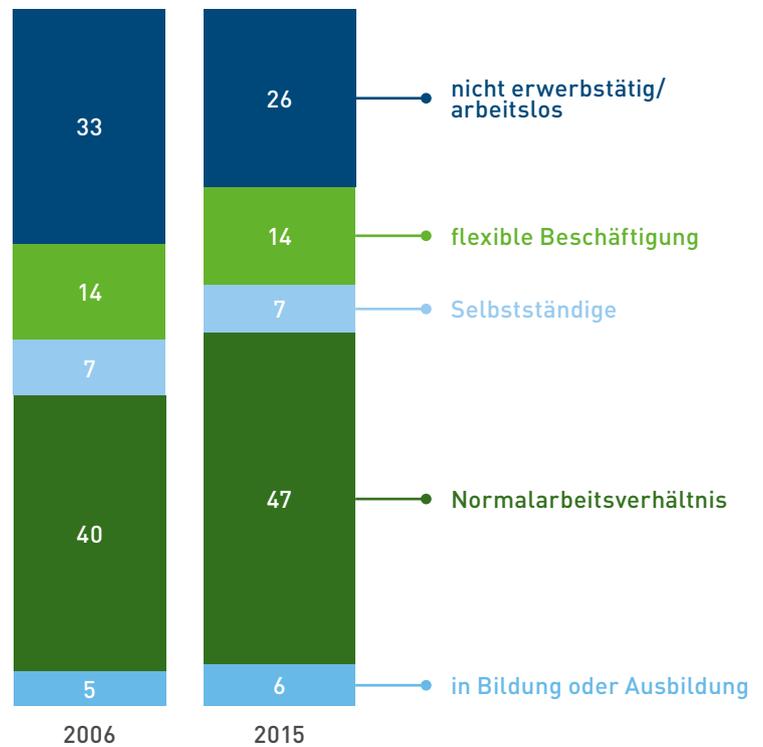
Beschäftigte wollen Flexibilität

Flexible Beschäftigungsformen werden zu Unrecht als „atypisch“ oder gar „prekär“ diffamiert. Unter „atypisch“ werden alle Beschäftigungsverhältnisse zusammengefasst, die vom „Normalarbeitsverhältnis“ (u.a. vom Statistischen Bundesamt aufgefasst als unbefristete Vollzeit- oder vollzeitnahe Tätigkeit mit voller Sozialversicherungspflicht und Identität von Arbeitgeber und Arbeitsort) abweichen. Dabei arbeiten knapp 50% der beschäftigten Frauen bewusst in Teilzeit oder in einem Minijob. Der Hälfte der beschäftigten Frauen deswegen das eindeutig negative Etikett „atypisch“ anzuheften, ist eine rein politisch motivierte Verzerrung der Realität. Flexible Beschäftigungsformen sind zu einem nicht unerheblichen Teil von den Beschäftigten erwünscht und erhöhen ihre Teilhabemöglichkeiten am Arbeitsmarkt: Teilzeit und geringfügige Beschäftigung erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Minijobs geben die Gelegenheit zu einem kleinen Hinzuverdienst, Zeitarbeit und befristete Beschäftigung unterstützen nachweislich den (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben.

Falsch ist auch die Behauptung, dass flexible Beschäftigung zu immer mehr instabilen Arbeitsverhältnissen geführt hat: So ist die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in einem Betrieb zwischen 2000 und 2015 von zehn auf elf Jahre sogar gestiegen (OECD, 2016b).

„NORMALARBEITSVERHÄLTNIS“ AUF DEM VORMARSCH – FLEXIBLE BESCHÄFTIGUNG BLEIBT KONSTANT

Entwicklung der Beschäftigungsformen als Anteil an den 15- bis 64-Jährigen insgesamt, in %



Quellen: Statistisches Bundesamt, 2016e; Eurostat, 2016f; eigene Berechnungen



2b Teilzeit fast immer aus privaten Gründen gewollt

ZERRBILD

FAKTEN

Knapp 90% der teilzeitbeschäftigten Frauen gehen aus privaten Gründen keiner Vollzeittätigkeit nach, z. B. wegen familiärer Verpflichtungen (Eurostat, 2016e).

„Viele Frauen in Minijobs und Teilzeit würden ihre Arbeitszeit gerne ausweiten, stoßen beim Arbeitgeber aber auf taube Ohren. So bleiben sie, oft ihr gesamtes Berufsleben lang, in der Teilzeit-Falle stecken.“

Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, Pressemitteilung vom 7. März 2016

Die Teilzeitquote – also der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – hat sich in den vergangenen Jahren erhöht und lag im Juni 2015 bei rd. 27% (BA, 2017b).

Wachsende Teilzeit ist auch das Resultat einer deutlich gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frauen. Im Jahr 2015 gingen knapp 74% aller Frauen (20- bis 64-Jährige) einer Erwerbstätigkeit nach, 2000 waren es nur knapp 61% (Eurostat, 2016d).

Wie widersinnig es ist, gegenüber der unbefristeten Vollzeittätigkeit alle anderen Beschäftigungsverhältnisse als „atypisch“ oder gar „prekär“ herabzuqualifizieren, macht das Beispiel der Teilzeitbeschäftigung ganz besonders deutlich: In den vergangenen Jahren ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen erfreulicherweise deutlich gestiegen. Sehr viele Mütter entscheiden sich nach der Elternzeit bewusst und aus unterschiedlichsten Gründen für eine Teilzeittätigkeit. In der Regel sind besondere Wünsche des Arbeitgebers da gar nicht im Spiel. Die Ausweitung der Teilzeit war daher auch politisch gewollt: Im Jahr 2001 wurde der rechtliche Anspruch auf Teilzeit gesetzlich verankert. Über 80% der teilzeitbeschäftigten Frauen geben an, mit ihrer Arbeitszeit zufrieden zu sein (IAB, 2016d).

Teilzeitbeschäftigung schafft Teilhabechancen

Teilzeitbeschäftigung verbessert insgesamt die Teilhabechancen für teilweise sehr benachteiligte Nichterwerbstätige: 2012 waren rd. 22% der neu eingestellten Teilzeitbeschäftigten zuvor entweder langzeitarbeitslos oder nicht erwerbstätig (Stille Reserve);

der Sprung direkt in eine Vollzeitbeschäftigung gelingt bei diesem Personenkreis deutlich seltener (IAB, 2013a).

Heute arbeiten rd. 46% aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Teilzeit (BA, 2016c), andere wollen gezielt das Haushaltseinkommen mit einem Minijob aufbessern. Insgesamt übten nach Angaben des Statistischen Bundesamts im Jahr 2016 knapp 34% aller abhängig beschäftigten Frauen eine Erwerbstätigkeit aus, die in die Kategorie „atypisch“ fiel (Stat. Bundesamt, 2016e). Die Herabwürdigung der in den allermeisten Fällen freiwillig gewählten Erwerbsnormalität von mehr als einem Drittel aller beschäftigten Frauen geht damit völlig fehl.

Rahmenbedingungen für Vollzeit- und vollzeitnahe Beschäftigung verbessern

Der hohe Anteil von Frauen, die nicht in Vollzeit erwerbstätig sind, hat allerdings auch dazu geführt, dass die Arbeitsmarktpotenziale vieler gut qualifizierter Frauen teilweise ungenutzt bleiben. Zudem sind reduzierte Arbeitszeiten bei Frauen ein wesentlicher Grund

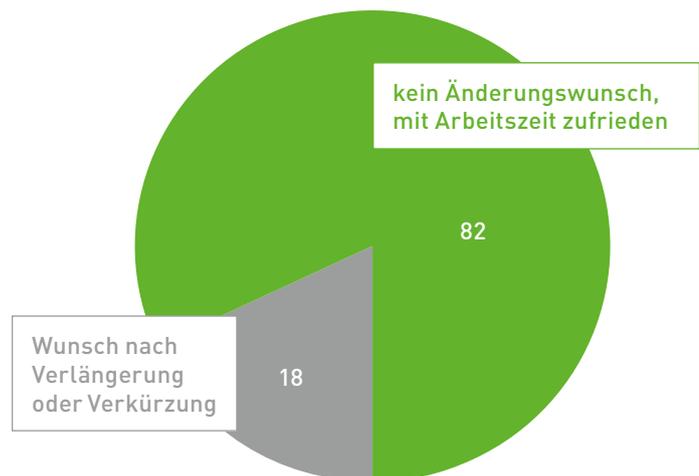


für Lohnunterschiede (IW, 2013). Wer weniger arbeitet, erwirbt weniger berufliche Erfahrung und Kenntnisse und hat damit weniger gute berufliche Karriere- und Verdienstmöglichkeiten. Dies sollte sich Deutschland allein schon aufgrund der demografischen Entwicklung und wachsender Fachkräfteengpässe nicht länger leisten. Die deutsche Wirtschaft setzt sich daher mit Nachdruck dafür ein, die Voraussetzungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, damit mehr Teilzeitbeschäftigten die Möglichkeit offensteht, einer vollzeitnahen Tätigkeit nachzugehen.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss vor allem der bedarfsgerechte Ausbau einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsinfrastruktur und von Ganztagsschulangeboten endlich höchste Priorität erhalten. Gerade im internationalen Vergleich hat Deutschland hier noch großen Nachholbedarf.

ÜBER 80% DER TEILZEITBESCHÄFTIGTEN FRAUEN SIND MIT IHRER ARBEITSZEIT ZUFRIEDEN

Wünsche nach Veränderung der Arbeitszeit bei teilzeitbeschäftigten Frauen, Anteile in %



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2016d

2c Zeitarbeit: ein vollwertiges Arbeitsverhältnis

ZERRBILD

FAKTEN

Zeitarbeit ist in Deutschland kein Massenphänomen: 2015 waren nur 2,5% der abhängig Beschäftigten in der Zeitarbeit tätig (BA, 2016d; IAB, 2016e).

„Auch bei der Leiharbeit brauchen wir eine stärkere Regulierung und eine Eindämmung. Gibt es doch zahlreiche Unternehmen, in denen Leiharbeit nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel ist.“

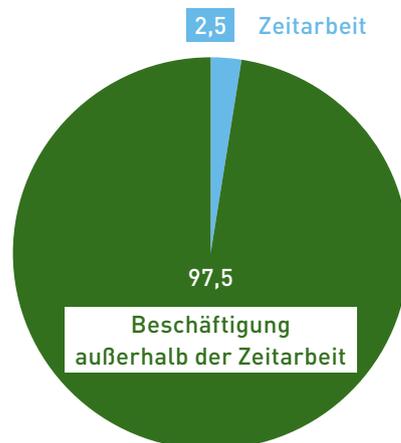
Stefan Körzell, DGB-Vorstandsmitglied
Interview in der „Landeszeitung Lüneburg“ vom 1. August 2014

Zeitarbeit bietet Chancen gerade für Arbeitslose: Im zweiten Halbjahr 2015 waren fast 70% der neu eingestellten Zeitarbeitnehmer vorher ohne Beschäftigung, knapp ein Viertel war vorher langzeitarbeitslos oder noch nie beschäftigt (BA, 2016d).

„Bei deutschen Arbeitslosen steigt die Wahrscheinlichkeit, aufgrund einer Tätigkeit in der Zeitarbeit später eine Tätigkeit außerhalb der Zeitarbeit zu finden, um 15%. Bei arbeitslosen Ausländern steigt die Wahrscheinlichkeit im Durchschnitt um 17%, bei türkischen Arbeitslosen um 18%“ (IAB-Kurzbericht 19/2016, 2016f).

NUR 2,5 % DER ABHÄNGIG BESCHÄFTIGTEN ARBEITEN IN DER ZEITARBEIT

Anteil der Zeitarbeiterinnen und -nehmer an allen abhängig Beschäftigten in %



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, 2016d; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2016e; eigene Berechnungen

Zeitarbeit ist kein zweitklassiger „Ersatzjob“, wie oft behauptet wird, sondern ein vollwertiges Arbeitsverhältnis, das dem gleichen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz wie andere Beschäftigungsverhältnisse unterliegt. Die Bezahlung erfolgt fast zu 100% nach Tarifvertrag mit der entsprechenden sozialen Absicherung. Zudem wird in der Zeitarbeit zu 90% in Vollzeit gearbeitet. Insgesamt findet auch keine Verdrängung von Stammbesetzungen durch Zeitarbeitnehmer statt. Vielmehr zeigen Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, dass Zeitarbeit zusätzliche Jobs geschaffen hat (IAB, 2013b).

Zeitarbeit müsste dem sog. Normalarbeitsverhältnis zugerechnet werden. Aber das passt nicht zur gewollten Stigmatisierung. Das Kriterium der fehlenden Identität von Arbeitsplatz und Arbeitgeber ist eine äußerst fragwürdige Begründung, um Zeitarbeit als „atypisch“ und „prekär“ herabzuqualifizieren. Schließlich arbeiten heute bereits viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in verschiedenen Branchen nicht unmittelbar in dem Unternehmen, zu dem sie im Arbeitsverhältnis stehen. Sie führen vielmehr auf Baustellen oder in „fremden“ Betrieben Aufgaben für „fremde“ Auftraggeber aus,

so z.B. Beratungs- oder IT-Dienstleistungen. Niemand würde auf die Idee kommen, solche Arbeitsverhältnisse deshalb als „nicht normal“ zu bezeichnen.

Einstieg in Beschäftigung durch Zeitarbeit

Zeitarbeit ist eine wichtige Beschäftigungschance, vor allem für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose. Für viele dieser Menschen wäre die Alternative zur Zeitarbeit oft nicht ein Beschäftigungsverhältnis beim Kundenunternehmen, sondern die Arbeitslosigkeit. Rund 53 % der Zeitarbeitsstellen sind auf Helferniveau angesiedelt (BA, 2016d) und gerade deswegen auch für Geringqualifizierte eine gute Joboption. Über 30 % der Arbeitslosengeld-II-Empfänger, die aus Arbeitslosigkeit heraus eine Beschäftigung aufnehmen, finden über die Zeitarbeit in den Arbeitsmarkt zurück (IAB, 2016g). Zeitarbeit ist für viele Menschen der Einstieg in eine Beschäftigung auch in anderen Branchen. Ein Viertel der Arbeitslosen, die in der Zeitarbeit einen Job finden, nimmt innerhalb eines Jahres eine Beschäftigung in einer Branche außerhalb der Zeitarbeit auf (BA, 2016d).

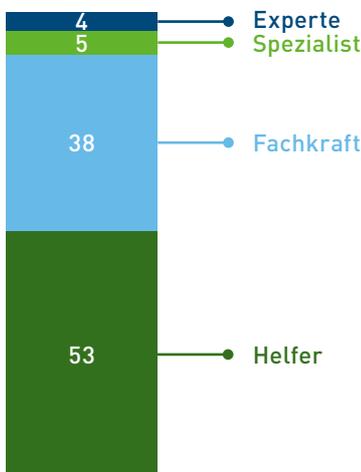
Zeitarbeit – unverzichtbares Flexibilisierungsinstrument

Zeitarbeit ist zudem aus betrieblicher Sicht ein unverzichtbares Instrument zur flexiblen Steuerung des Personaleinsatzes, um stark schwankende Auftragseingänge und Absatzzahlen oder auch kurzfristige, vorübergehende Personalausfälle abfedern zu können. Von dieser Flexibilität profitieren alle Beschäftigten eines Unternehmens.

Durch Zeitarbeit können sich Unternehmen besser an bestimmte Situationen anpassen, was allein mit der Stammebelegschaft häufig nicht möglich wäre. Dieser Flexibilitätsgewinn geht nicht auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Vielmehr übernehmen die Zeitarbeitsunternehmen das Beschäftigungsrisiko und stellen Zeitarbeitnehmer überwiegend unbefristet an. In überlassungsfreien Phasen investieren zudem viele in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ohne den Einsatz von Zeitarbeit müssten viele Unternehmen bei einem konjunkturellen Einbruch Stammarbeitnehmer entlassen.

ZEITARBEIT BIETET BESCHÄFTIGUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR GERINGQUALIFIZIERTE

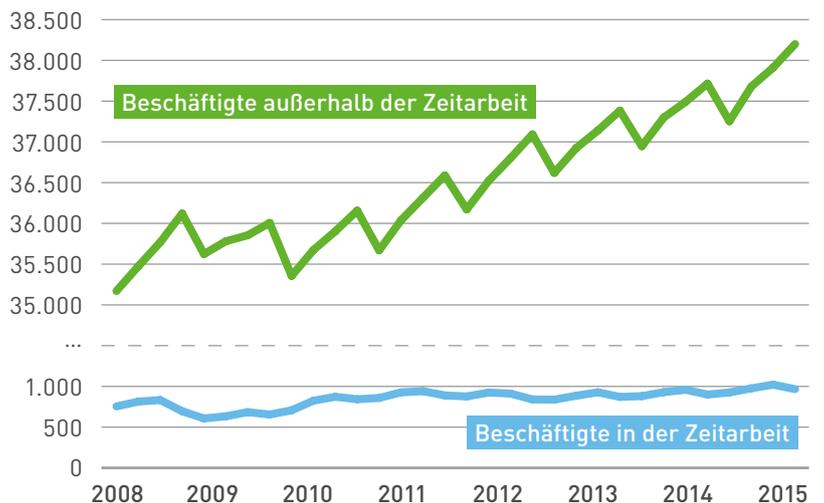
Struktur der Zeitarbeitnehmer nach Anforderungsniveau der Tätigkeit, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2016d

BESCHÄFTIGUNGSZUWACHS FAND INSBESONDERE AUSSERHALB DER ZEITARBEIT STATT!

Abhängig Beschäftigte in der Zeitarbeit und abhängig Beschäftigte außerhalb der Zeitarbeit, in Tsd.



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, 2016d; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2016e; eigene Berechnungen

2d Befristungen erleichtern Einstieg ins Berufsleben

ZERRBILD

FAKTEN

Die OECD gelangt zu ihrer Bewertung, dass jeder zweite unter 25-Jährige bedauerlicherweise nur befristet beschäftigt sei, nur über einen skandalösen „Trick“: Sie zählt die große Gruppe der rd. 1,3 Mio. jungen Menschen in Ausbildung zu dieser „benachteiligten“ Gruppe, obwohl sie dank Ausbildungsvertrag doch auf dem besten Weg in qualifizierte und dauerhafte Beschäftigung sind. Erstausbildung hat ein natürliches Ende (die Prüfung) und muss zwangsläufig befristet sein. Tatsächlich sind nur 21 % der Jugendlichen befristet beschäftigt (IAB, 2015a).

„Überall in der OECD erhalten Berufsanfänger weit häufiger befristete Arbeitsverträge als erfahrene Angestellte. In Deutschland ist der Graben zwischen den 15- bis 24-Jährigen und den 25- bis 54-Jährigen so groß wie in kaum einem anderen Land. [...] Während in der älteren Gruppe nur jeder Zehnte einen befristeten Vertrag hat, ist es bei den Jüngeren gut jeder Zweite.“

OECD, Pressemitteilung vom 27. Mai 2015

Der Anteil der befristet Beschäftigten an allen abhängig Erwerbstätigen liegt seit Jahren unter 10 %, zuletzt 2015 bei 7,8 % (Stat. Bundesamt, 2016g), in der Privatwirtschaft sogar nur bei 6,7 % (IAB, 2015a).

Über 60 % der Neueinstellungen in der Privatwirtschaft erfolgen unbefristet (IAB, 2015a).

Befristete Arbeitsverhältnisse sind für Berufsanfänger und Berufsrückkehrer ein wichtiges und akzeptiertes Modell für den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Entsprechend sind Jüngere häufiger befristet beschäftigt als Ältere. Aber die wenigsten empfinden das als Problem, weil sie wissen, dass sie zum größten Teil anschließend übernommen werden. Tatsächlich sind die Übernahmequoten beachtlich gestiegen: In der Privatwirtschaft erhalten drei Viertel der befristet Beschäftigten (75 %) eine Beschäftigungsperspektive im gleichen Betrieb, davon werden 42 % direkt übernommen und 33 % verlängert; 2009 waren es „nur“ 62 % (IAB, 2015a).

Nur wenige befristet Beschäftigte in der Privatwirtschaft

Grundsätzlich sind in der Privatwirtschaft über 60 % der Arbeitsverträge bei Neueinstellungen unbefristet (IAB, 2015a). Auch deswegen liegt der Anteil der befristeten Arbeitsverhältnisse an allen abhängig Beschäftigten seit Jahren unter 10 %, zuletzt bei 7,8 % (Stat. Bundesamt, 2016g). In der Privatwirtschaft waren sogar nur 6,7 % der Beschäftigten befristet (IAB, 2015a). Zu einem gehäuftem Einsatz von befristeten Arbeitsverträgen kommt es insbesondere dort, wo Stellen von öffentlichen Haushalten und von Fördermitteln abhängen. Somit finden sich Befristungen überdurchschnittlich oft im öffentlichen Dienst, in Universitäten und in Forschungseinrichtungen und weniger in der Privatwirtschaft (IAB, 2015a).

Befristungen verbessern Einstellungschancen

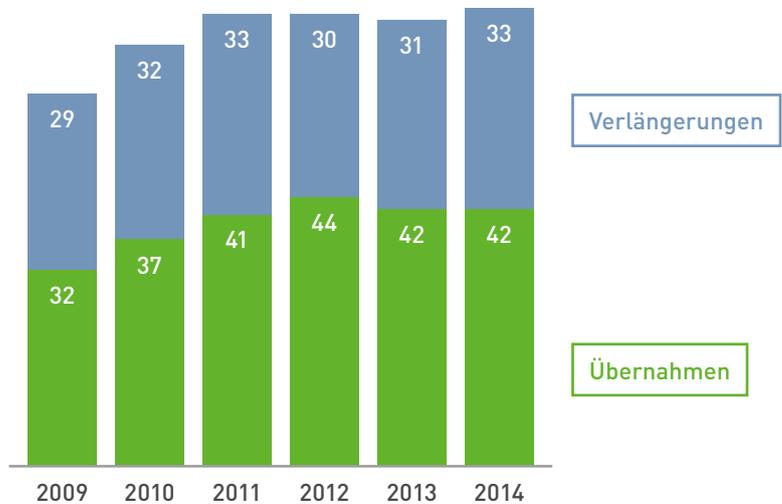
Befristungen steigern die Einstellungschancen für Menschen ohne Berufserfahrung oder mit langer Erwerbsabstinenz und können Arbeitslosigkeit verhindern oder beenden. Sie ermöglichen somit soziale Teilhabe und verdienen Unterstützung in Politik und Gesellschaft und keine Diffamierung als „atypisch“.

Befristung ermöglicht flexible Arbeitsgestaltung

Für Unternehmen sind Befristungen unverzichtbar, um gerade auch familienbedingte (temporäre) berufliche Auszeiten (z.B. aufgrund von Teilzeitarbeit oder Eltern- und Pflegezeiten) auszugleichen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erhöhen und somit die Erwerbsbeteiligung besonders von Frauen zu stärken. Je besser die betrieblichen Möglichkeiten sind, familienbedingte berufliche Auszeiten personalwirtschaftlich zu kompensieren, desto besser sind auch die Möglichkeiten, solche Modelle zur flexiblen Arbeitsgestaltung anzubieten.

DREI VIERTEL DER BEFRISTET BESCHÄFTIGTEN ERHALTEN ANSCHLUSSPERSPEKTIVE IM SELBEN BETRIEB

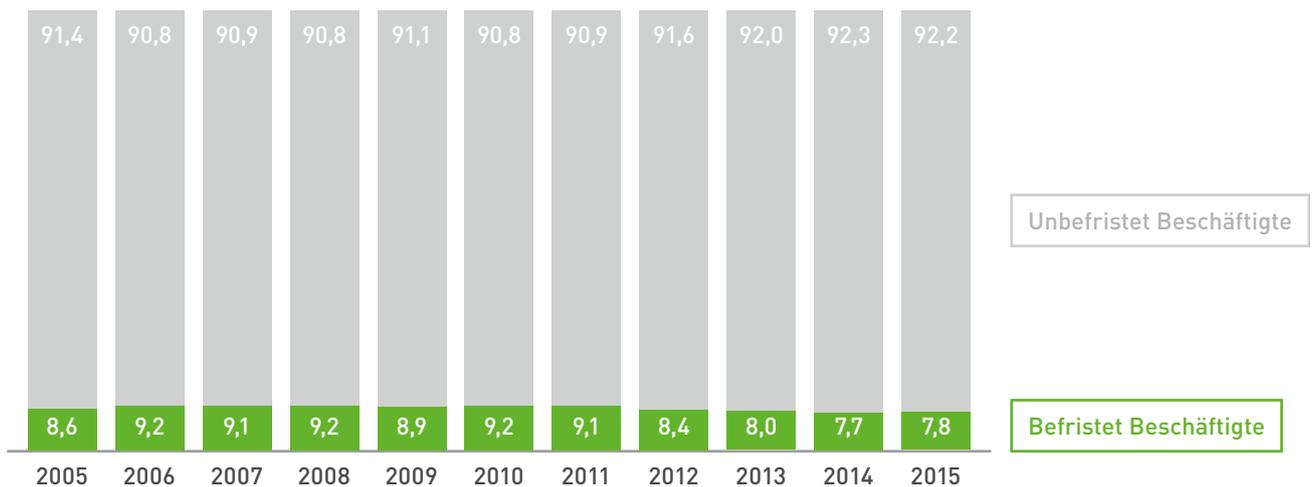
Anteil der Übernahmen und Verlängerungen von befristet Beschäftigten in der Privatwirtschaft in %



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2015a

ANTEIL DER BEFRISTUNGEN SEIT JAHREN AUF GERINGEM NIVEAU

Anteil der befristet und unbefristet Beschäftigten an allen abhängig Beschäftigten in %



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2016e

2e Minijobs: unverzichtbar



Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten lag zwischen 2006 und 2014 konstant bei knapp 5,1 Mio. und ist zuletzt auf 4,9 Mio. gesunken, obwohl gleichzeitig die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 5 Mio. gestiegen ist (BA, 2017b). Eine Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung fand nicht statt.

Minijobs ermöglichen Menschen Teilhabe am Erwerbsleben, die keine umfangreiche Erwerbstätigkeit anstreben, sich aber dennoch etwas hinzuverdienen möchten. Dies gilt besonders für Schüler, Studierende und Rentner, aber auch für (Ehe-)Partner im Haushalt, die zum Familieneinkommen beitragen, aber nur in geringem Stundenumfang arbeiten möchten.

Über 80 % der Minijobber lassen sich bewusst von der Rentenversicherungspflicht befreien (Minijob-Zentrale, 2016). Das zeigt, dass sie mit ihrem Minijob nicht zur Alterssicherung beitragen wollen, sondern sich etwas dazuverdienen möchten. Insbesondere geringfügig und teilzeitbeschäftigte Frauen entscheiden sich oft aus familiären Gründen gegen eine Vollzeit- oder vollzeitnahe Tätigkeit, etwa wegen der Betreuung und Erziehung von Kindern. Selbstverständlich muss es aber das Ziel sein, dass möglichst viele Frauen, die keiner anderen Beschäftigung nachgehen, eine vollzeitnahe Tätigkeit aufnehmen – gerade auch mit Blick auf den Aufbau einer tragfähigen Altersvorsorge. Deswegen muss der Ausbau von hochwertigen, bedarfsgerechten und bezahlbaren Kinderbetreuungs- und Ganztagsschulangeboten weiter voranschreiten.

Steuer- und Sozialversicherungsrecht schafft Fehlanreize

Zudem setzen das Ehegattensplitting mit den Steuerklassen III und V sowie die beitragsfreie Mitversicherung von Ehegatten oftmals Fehlanreize gegen eine umfangreichere Tätigkeit. Knapp 40 % der Minijobber geben an, dass sie aus steuerlichen Gründen lediglich einen Minijob ausüben (IAB, 2015b). Ein erster Schritt, den Übergang in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu erleichtern, wäre daher die Abschaffung der Steuerklasse V, da diese die Zweitverdiener eines Haushalts hoch belastet und damit eine Beschäftigungsausweitung vielfach unattraktiv erscheinen lässt.

Minijobs bekämpfen Schwarzarbeit

Die im Jahr 2003 reformierten Minijobs leisten einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, denn sie schaffen unbürokratische und legale Beschäftigungsmöglichkeiten, die ansonsten teilweise in die Schwarzarbeit fallen würden. Allein in Privathaushalten hat sich die Zahl angemeldeter Minijobber z. B. seit 2004 auf über 300.000 verdreifacht (Minijob-Zentrale, 2016). Würden Minijobs abgeschafft, würde das Volumen der Schattenwirtschaft um rd. 7 Mrd. € steigen (IAW, 2013).

Attraktive Gelegenheiten zum Nebenerwerb nehmen zu

Ein Minijob kann auch nicht pauschal mit geringer Entlohnung gleichgesetzt werden: Während die Zahl der ausschließlich als Minijobber Beschäftigten seit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns sinkt, nimmt die Zahl der Minijobber im Nebenerwerb zu, weil der steigende Bedarf an Arbeitskräften mehr attraktive Gelegenheiten zum Nebenerwerb schafft. Insbesondere in Süddeutschland, wo beinahe Vollbeschäftigung herrscht und Fachkräftengpässe auftreten, nehmen Beschäftigte die Gelegenheit zu einem Zusatzverdienst über einen Minijob wahr (BA, 2016e). Es gibt keine Hinweise dafür, dass Nebenerwerbstätige hauptsächlich aus der Not heraus einen zusätzlichen Minijob ausüben. Vielmehr haben Beschäftigte mit Nebenerwerb bereits in ihrem Hauptberuf einen höheren durchschnittlichen Stunden- und Monatslohn als Beschäftigte ohne Nebenerwerb (IW Köln, 2015).

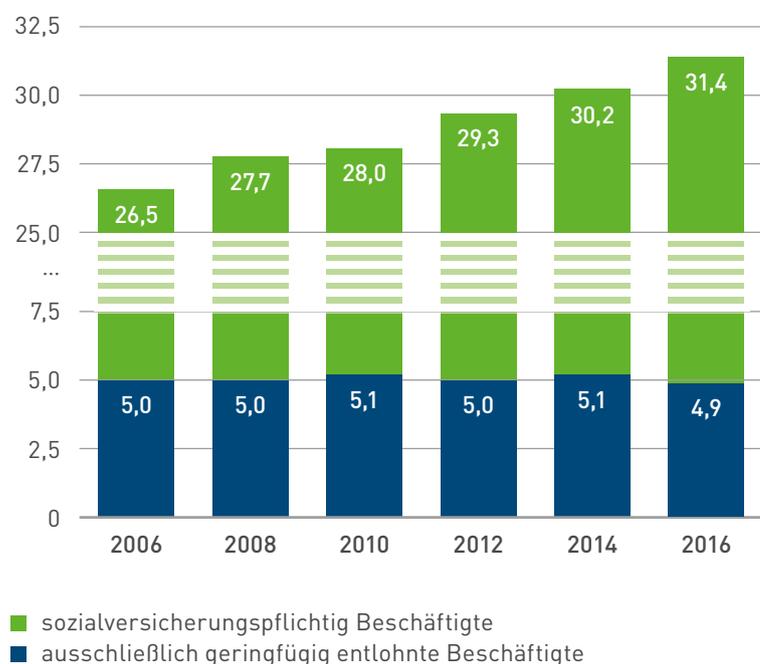
Minijobs gerade in Stoßzeiten unverzichtbar

Minijobs helfen gerade kleinen Unternehmen, z. B. bei langen Öffnungszeiten, besonderer Kundenorientierung und schwankender Nachfrage, Beschäftigte passgenau einzusetzen. Hinzu kommt, dass die sozialversicherungsrechtliche Abwicklung eines Minijobs unbürokratisch erfolgt. Diese Vorteile überwiegen den Nachteil, dass Minijobs für Arbeitgeber teurer sind als sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Minijobber unterliegen demselben arbeitsrechtlichen Schutz wie voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Jedoch bestehen darüber noch immer sowohl auf Seiten der Arbeitgeber als auch der Beschäftigten Informationsdefizite. Die BDA und ihre Mitgliedsverbände werden weiterhin mit verschiedenen Formaten über Rechte und Pflichten im Arbeitsrecht informieren und aufklären.

BOOM BEI SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIGER BESCHÄFTIGUNG – STAGNATION BEI MINIJOBBS

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung zum 30. Juni in Mio.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2017b

2f „Aufstocken“ verhindert Armut und schafft Chancen

ZERRBILD

FAKTEN

Über 80 % der „Aufstocker“ üben lediglich eine Teilzeitbeschäftigung oder einen Minijob aus und sind wegen geringer Arbeitszeit auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen (BA, 2016f).

„Die Top-Einkommen boomen, während sich Millionen Vollzeit-arbeiter ihren Lohn auf dem Amt aufstocken lassen müssen. [...] Ein gesetzlicher Mindestlohn ist sozial gerecht, weil jeder, der den ganzen Tag arbeitet, von seiner Hände Lohn auch leben können muss.“

Peer Steinbrück, Rede am 8. April 2013

Wenn Vollzeitbeschäftigte „aufstocken“, dann regelmäßig aufgrund von familienbedingten Mehrbedarfen und nicht wegen geringer Löhne: Der Arbeitslosengeld-II-Anspruch eines verheirateten Alleinverdieners mit zwei Kindern in Berlin erlischt z. B. erst vollständig bei einem Bruttostundenlohn von mehr als 15 €/Std.

Rund 80 % aller vollzeitbeschäftigten Arbeitslosengeld-II-Bezieher leben in Mehrpersonen-Bedarfsgemeinschaften (BA, 2016f).

Ein weiteres Beispiel für die verzerrte Darstellung der Arbeitsmarktlage ist die Diskussion über sog. Aufstocker, also Erwerbstätige, die neben ihrem Einkommen ergänzendes Arbeitslosengeld II erhalten.

Die Hälfte der Aufstocker hat nur Minijob

Die Ursachen für den Grundsicherungsbezug bei Erwerbstätigkeit liegen bei einer geringen Arbeitsstundenzahl oder familienbedingten Mehrbedarfen und nicht an zu niedrigen Löhnen: 97 % der rd. 1,1 Mio. abhängig beschäftigten Aufstocker haben lediglich eine Teilzeitbeschäftigung bzw. einen Minijob oder leben in Mehrpersonenbedarfsgemeinschaften (BA, 2016f). Die Hälfte der Aufstocker übt einen Minijob mit einem Einkommen von höchstens 450 € aus, mehr als 30 % sind teilzeitbeschäftigt (BA, 2016f). In der Regel wird also nicht ein zu geringer Lohn mit Arbeitslosengeld II aufgestockt, sondern genau umgekehrt: Die fast ungeschmälerete Grundsicherungsleistung wird mit geringem Arbeitseinsatz durch einen Minijob aufge bessert. Ursächlich dafür sind vor allem nach wie vor bestehende Fehlreize bei der sog. Freibetragsregelung für

eigenes Erwerbseinkommen von Arbeitslosengeld-II-Beziehern, die kleine und kleinste Hinzuverdienste besonders attraktiv machen.

Dass in der Regel nicht geringe Löhne der Grund für die Aufstockung sind, zeigt sich auch daran, dass die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns keinen wesentlichen Beitrag zum Abbau der Zahl der Aufstocker geleistet hat. Parallel zur Mindestlohneinführung ging die Zahl der Aufstocker nur geringfügig zurück.

Aufstockung ≠ „Arm trotz Arbeit“

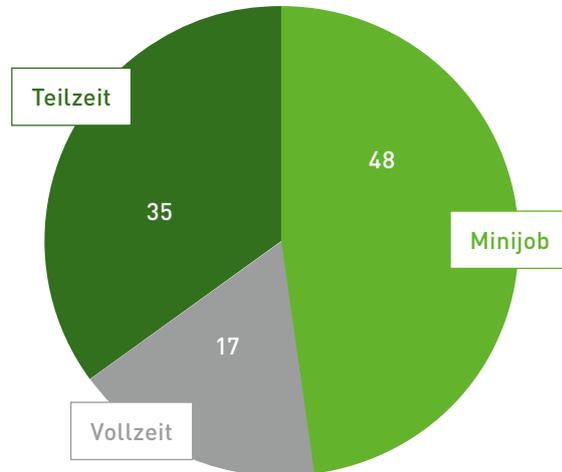
Dass ein ergänzender Arbeitslosengeld-II-Bezug trotz Erwerbstätigkeit nicht mit „Arm trotz Arbeit“ gleichgesetzt werden kann, zeigt schon ein einfaches Beispiel: Würde man den Grundsicherungsregelsatz deutlich anheben – was vielfach zur vermeintlichen Bekämpfung von Armut gefordert wird, dann würde die Zahl der Leistungsberechtigten steigen. Das heißt, viele Menschen, die bisher kein ergänzendes Arbeitslosengeld II beziehen, könnten dies dann beantragen. Genau das Gegenteil der erwünschten Wirkung würde eintreten, die Zahl der Aufstocker würde zunehmen.

Das ergänzende Arbeitslosengeld II ist eine Errungenschaft unseres Sozialstaats, die signalisiert, dass sich Arbeiten lohnt, und die anerkennt, dass Menschen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit ihren Lebensunterhalt selbstständig sichern wollen. Dort, wo der Verdienst nicht dazu ausreicht, ergänzt der Staat das Einkommen mit Grundsicherungsleistungen aus Steuermitteln, so dass im Sinne eines Mindesteinkommens das sozio-kulturelle Existenzminimum stets gesichert ist. Davon profitieren nicht nur diejenigen, die nur einer einfachen Tätigkeit nachgehen können, sondern auch Menschen, die zwar deutlich über dem Mindestlohn verdienen, aber familienbedingte Mehrbedarfe haben. So erlischt z. B. der Arbeitslosengeld-II-Anspruch eines verheirateten Alleinverdieners mit zwei Kindern in Berlin erst vollständig bei einem Bruttostundenlohn von mehr als 15 € (bezogen auf eine 38-Stunden-Woche)² – ein für geringer Qualifizierte in einfachen Tätigkeiten kaum zu erreichender Betrag.

² Eigene Berechnungen; es werden 1.202 € Regelbedarf, 721 € Kosten der Unterkunft und Heizung sowie ein anrechnungsfreies Erwerbseinkommen von 330 € unterstellt.

ÜBER 80% DER AUFSTOCKER ÜBEN LEDIGLICH EINE TEILZEIT- ODER GERINGFÜGIGE BESCHÄFTIGUNG AUS

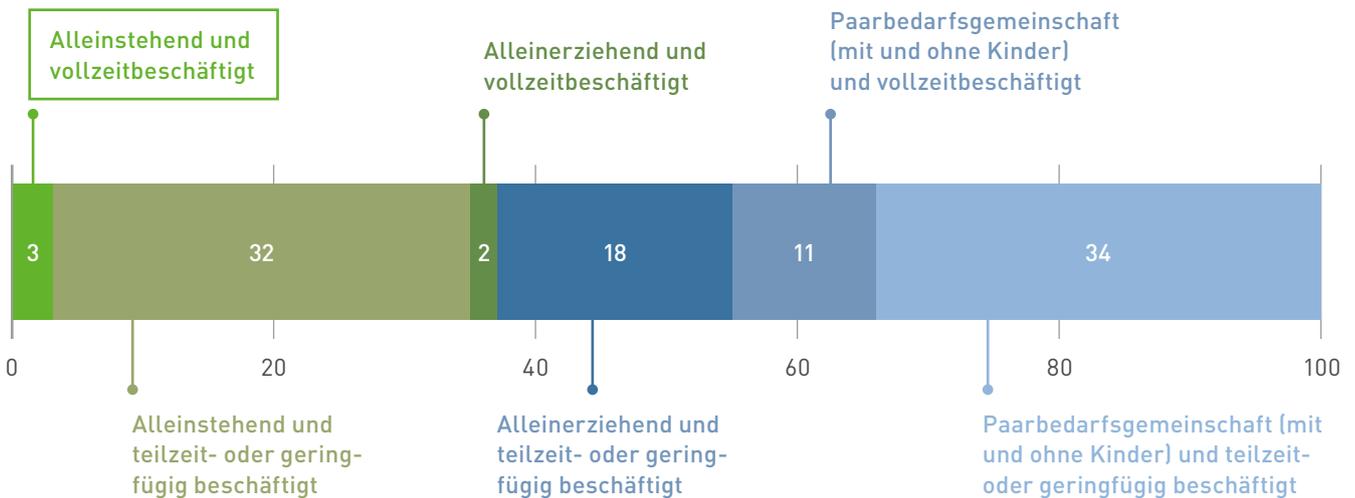
Aufstocker nach Beschäftigungsumfang in %, März 2016



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2016f

NUR 3 % DER AUFSTOCKER SIND ALLEINSTEHEND UND VOLLZEITBESCHÄFTIGT, 97 % HABEN FAMILIENBEDINGTE MEHRBEDARFE BZW. ARBEITEN NUR IN TEILZEIT ODER MINIJOBS

Struktur Aufstocker nach Beschäftigungsumfang und Typ der Bedarfsgemeinschaften, in % (Datenstand März 2016)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2016f

2g Geeignete Auszubildende händeringend gesucht



Ein typisches Beispiel für die verzerrte Darstellung des betrieblichen Ausbildungsengagements ist die Ausbildungsbetriebsquote, deren Rückgang häufig beklagt wird. Die Quote trifft jedoch lediglich eine Aussage über die prozentuale Beteiligung der ausbildenden Betriebe an der Gesamtheit aller Betriebe – und zählt dabei auch Unternehmen mit, die gar nicht ausbilden dürfen!

80 % der ausbildungsberechtigten Betriebe bilden aus

Laut IAB-Betriebspanel waren 2014 rd. 53 % aller Betriebe ausbildungsberechtig. Zwischen 2009 und 2014 haben 47 % aller ausbildungsberechtigten Betriebe konstant und 33 % mit Unterbrechungen ausgebildet (IAB, 2016a). Somit beteiligten sich vier von fünf aller zugelassenen Unternehmen aktiv an Ausbildung! Wichtig ist, die Ausbildungsbeteiligung über mehrere Jahre hinweg zu

betrachten. Denn kleine und Kleinstbetriebe, die immerhin über 95 % aller Betriebe in Deutschland ausmachen, haben immer wieder, aber eben nicht durchgängig Bedarf an Auszubildenden.

Erfreulich ist, dass der Anteil der konstant ausbildenden Unternehmen von 42 % im Zeitraum 2001 bis 2007 auf 47 % im Zeitraum 2009 bis 2014 gestiegen ist (IAB, 2016a). Auch die Quote der Ausbildungsbetriebe, die Absolventinnen und Absolventen unmittelbar in Beschäftigung übernehmen, ist über alle Betriebsgrößen hinweg von 56 % im Jahr 2006 auf 68 % im Jahr 2014 deutlich gewachsen (IAB, 2016a). Dies belegt den dringenden Bedarf der Unternehmen an jungen Fachkräften und die guten Beschäftigungschancen von Fachkräften mit Berufsabschluss.

Gute Chancen für Hauptschüler und Flüchtlinge

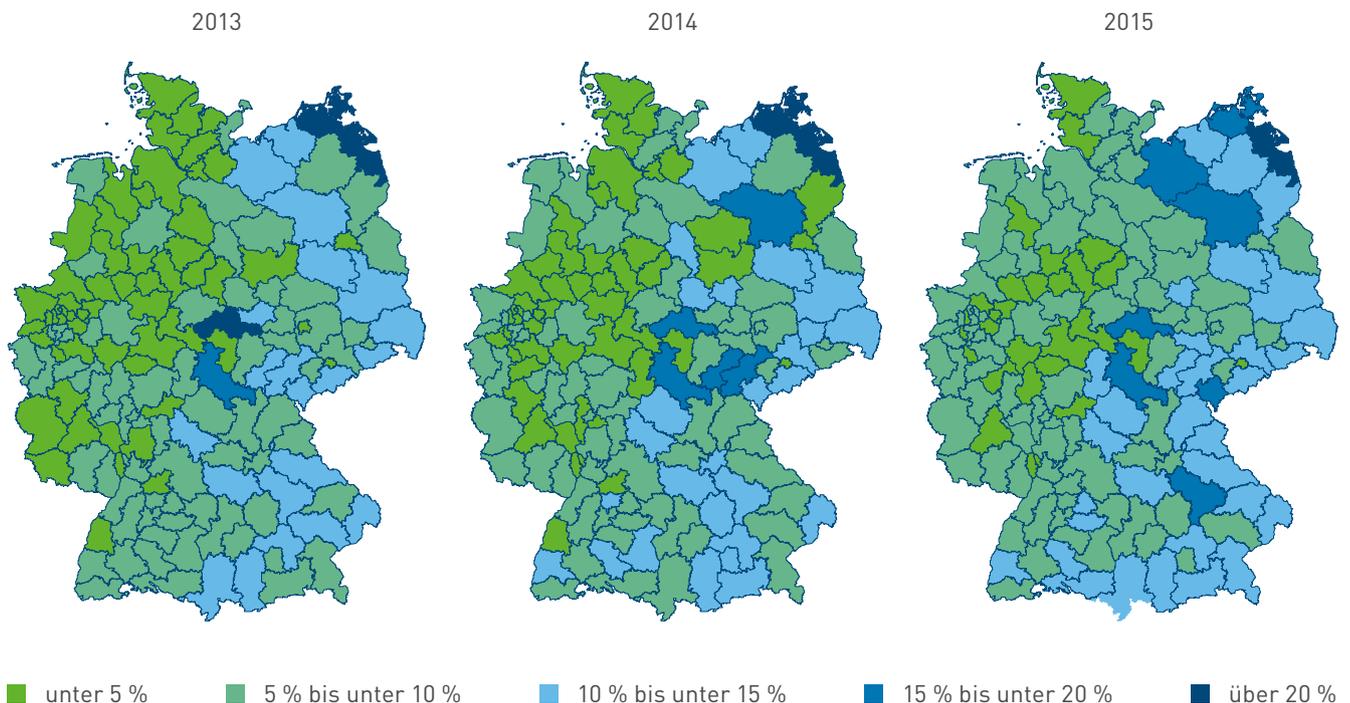
Auch die Behauptung, Hauptschüler und Flüchtlinge hätten bei der Suche eines Ausbildungsplatzes das Nachsehen, trifft nicht die Realität auf dem Ausbildungsmarkt. Die Daten der BA/BIBB-Bewerberbefragung zeigen, dass die Einmündigungsquote von Bewerberinnen und Bewerbern mit max. Hauptschulabschluss von 2010 bis 2012 um 4,4 Prozentpunkte auf 31,4 % angestiegen ist (BMBF, 2015).

Der Aufenthaltsstatus von gemeldeten Bewerbern kann in der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA), im Unterschied zur Arbeitsmarktstatistik, nur unvollständig ausgewiesen werden. Im September 2016 galten von gut 10.000 Flüchtlingen und Geduldeten, deren Aufenthaltsstatus bekannt ist und die sich über die BA um Ausbildungsplätze beworben haben, rd. 9.300 als versorgt, d.h., sie haben einen

Ausbildungsplatz oder nehmen an Maßnahmen mit Bildungscharakter teil, die ihre Chancen am Ausbildungsmarkt erhöhen (BA, 2016h). Hochrechnungen des DIHK kommen zu dem Ergebnis, dass sich aktuell rd. 10.000 junge Leute mit Fluchthintergrund in Ausbildung in Industrie und Handel befinden, die im Durchschnitt 22 Monate vor Ausbildungsbeginn bereits in Deutschland waren (DIHK, 2016). Dem Vorwurf an die Wirtschaft, dass Geflüchtete auf dem Ausbildungsmarkt das Nachsehen haben, fehlt deshalb jede Grundlage.

MANGEL AN GEEIGNETEN AUSZUBILDENDEN NIMMT ZU

Anteil der unbesetzten Ausbildungsplätze am betrieblichen Gesamtangebot, in %



Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2016

2h Arbeitszeitvolumen auf höchstem Stand seit 1992

ZERRBILD

FAKTEN

Für eine Bewertung des Erfolgs der Agenda 2010 ist es unsinnig, das Jahr 2000 als Referenzjahr heranzuziehen. Die Reformen traten erst 2003 bis 2005 in Kraft und konnten danach erst ihre Wirkung entfalten.

„In zeitlicher Perspektive ist nach der Einführung der Hartz-Reformen zwar die Anzahl der Erwerbstätigen angestiegen und die offizielle Zahl der Erwerbslosen gesunken. Mehr Beschäftigung wurde aber nicht geschaffen. Das Gesamtvolumen der Arbeitsstunden ist im Vergleich zum Jahr 2000 nahezu konstant geblieben.“

DIE LINKE, 10 Jahre Hartz IV – Daten und Fakten zu einer traurigen Bilanz, Hintergrundpapier, Januar 2015

Von 2005 bis 2015 ist das Arbeitsvolumen um 3,4 Mrd. Stunden oder 6,1 % gestiegen. Selbst im Vergleich zu 2000 leisten wir derzeit rd. 1 Mrd. Arbeitsstunden mehr (+1,6 %) (IAB, 2016e).

Trotz eines sinkenden Erwerbspersonenpotenzials ist es gelungen, das Arbeitsvolumen pro Kopf seit 2005 um knapp 100 Stunden oder 10 % auszudehnen (IAB, 2016e). Dies belegt, dass es in den vergangenen Jahren immer besser gelungen ist, breite Bevölkerungsteile (Frauen, Ältere, Langzeitarbeitslose) in den Arbeitsmarkt zu integrieren, die bisher nicht am Erwerbsleben teilgenommen haben.

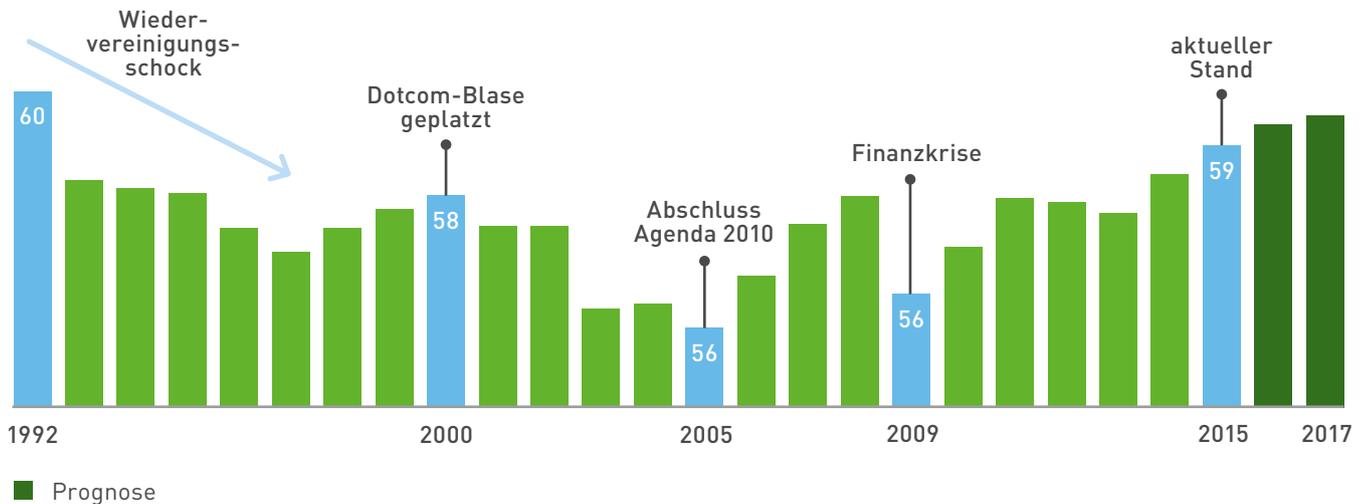
Seit der Wiedervereinigung war das Arbeitsvolumen im Trend rückläufig, auch die Dotcom-Euphorie zur Jahrtausendwende konnte diesen Trend nicht dauerhaft aufhalten. Zum großen Teil war dieser Rückgang der Transformationskrise in den neuen Bundesländern geschuldet. Der Tiefpunkt, aber auch die Trendwende wurde 2005 mit knapp 56 Mrd. Arbeitsstunden erreicht. Seit 2005 ist das Arbeitsvolumen um 3,4 Mrd. auf 59 Mrd. im Jahr 2015 gestiegen, den höchsten Stand seit 1992 (IAB, 2016e). Wesentlich dazu beigetragen haben die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen im Zuge der Agenda 2010. Insbesondere flexible Beschäftigungsformen haben Beschäftigungshürden am Arbeitsmarkt abgebaut und das Beschäftigungswachstum begünstigt.

Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich gestiegen

Die Struktur der Beschäftigung hat sich seit 2005 deutlich gewandelt: Das Beschäftigungswachstum fällt noch höher aus als das Wachstum des Arbeitsvolumens. Der Grund dafür ist, dass sich der Beschäftigungsmix hin zu mehr Teilzeit verändert hat. So ist zwischen 2005 und 2016 die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung mit rd. 3,7 Mio. zusätzlichen Beschäftigten stärker gestiegen als die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung mit einem Zuwachs von immerhin beachtlichen 1,6 Mio. (BA, 2017b). Dies hängt maßgeblich mit der gestiegenen Erwerbstätigkeitsquote von Frauen (20- bis 64-Jährige) zusammen. Von 2005 bis 2015 wuchs diese von 63 % auf knapp 74 % (Eurostat, 2016d). Allerdings sind rd. 45 % aller Frauen auch aufgrund der noch immer unzureichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten teilzeitbeschäftigt (Eurostat, 2016e).

ARBEITSVOLUMEN AUF HÖCHSTEM STAND SEIT 1992

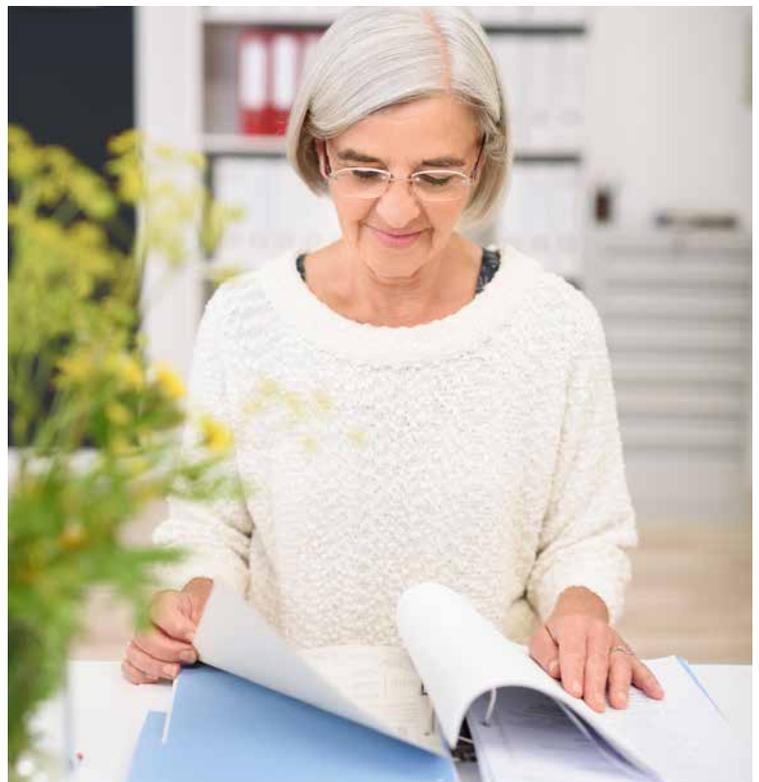
Geleistete Arbeitsstunden in Mrd.



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2016f

Mehr Menschen nehmen am Erwerbsleben teil

Trotz der schrumpfenden Bevölkerungszahlen kommt es zu höheren Stundenzahlen. Die erwerbsfähige Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) ist seit 2005 um 3,3 % (entspricht 1,8 Mio.) gesunken (Eurostat, 2016f). Gleichzeitig haben sich die Arbeitsstunden pro Kopf (15- bis 64-Jährige) um knapp 10 % oder knapp 100 Stunden ausgeweitet (IAB, 2016e). Trotz eines sinkenden Erwerbspersonenpotenzials ist es gelungen, das Arbeitsvolumen pro Kopf auszudehnen. Dies belegt, dass es in den vergangenen Jahren immer besser gelungen ist, breite Bevölkerungsteile (Frauen, Ältere, Langzeitarbeitslose) in den Arbeitsmarkt zu integrieren, die bisher nicht am Erwerbsleben teilgenommen haben, und damit die Beschäftigung auszudehnen.



Verwendete Quellen

Bundesagentur für Arbeit (BA), Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, 2017a

Bundesagentur für Arbeit (BA), Beschäftigungsstatistik, Zeitreihe über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt und Auszubildende sowie geringfügig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen, Datenstand Juni 2016, 2017b

Bundesagentur für Arbeit (BA), Beschäftigungsstatistik. Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte nach Altersgruppen, Datenstand Juni 2016, 2017c

Bundesagentur für Arbeit (BA), Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt 2015, 63. Jahrgang, Sondernummer 2, 2016a

Bundesagentur für Arbeit (BA), Arbeitsmarkt in Zahlen, Bestand an Arbeitslosen nach ausgewählten Merkmalen, 2016b

Bundesagentur für Arbeit (BA), Analytikreport der Statistik, Analyse des Arbeitsmarktes für Frauen und Männer, 2016c

Bundesagentur für Arbeit (BA), Arbeitsmarktberichterstattung: Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Zeitarbeit – Aktuelle Entwicklungen, 2016d

Bundesagentur für Arbeit (BA), Beschäftigungsstatistik Mehrfachbeschäftigung, Methodenbericht der Statistik der BA, 2016e

Bundesagentur für Arbeit (BA), Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Oktober, 2016f

Bundesagentur für Arbeit (BA), Bewerber und Berufsausbildungsstellen, 2016g

Bundesagentur für Arbeit (BA), Migrations-Monitor Arbeitsmarkt: Personen im Kontext von Fluchtmigration, 2016h

Bundesagentur für Arbeit (BA), Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Oktober, 2016i

Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, 2015a

Bundesagentur für Arbeit (BA), Auswirkungen der Rente ab 63 Jahren nach langjährigen Beitragszeiten auf den Arbeitsmarkt, 2015b

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2016, 2016

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Berufsbildungsbericht 2015, 2015

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Leiharbeit, Teilzeit, Minijobs: 40 Prozent atypisch beschäftigt, www.dgb.de, 13. April 2015

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) in „Frankfurter Rundschau“ vom 19. Juli 2016, Gastbeitrag „Das Märchen vom Azubi-Mangel“ von Matthias Anbuhl

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), DIHK-Ausbildungsumfrage 2016, 2016

Eurostat, Arbeitslosenquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit, 2016a

Eurostat, Langzeitarbeitslosenquote nach Geschlecht, 2016b

Eurostat, Nichterwerbstätige Jugendliche, die weder an Bildung noch an Weiterbildung teilnehmen, nach Geschlecht, Alter und Bildungsabschluss (NEET-Rate), 2016c

Eurostat, Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit, 2016d

Eurostat, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Teilzeitbeschäftigung als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung, nach Geschlecht und Alter, 2016e

Eurostat, Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung als Prozentsatz der gesamten Teilzeitbeschäftigung, nach Geschlecht und Alter, 2016f

Eurostat, Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Erwerbsstatus, 2016g

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln), Nebenjobs: Gute Gründe, keine Not, iw-nachrichten vom 28. April 2015, 2015

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln), Beschäftigungsperspektiven von Frauen – Eine arbeitsmarktökonomische Analyse im Spiegel der

Gleichstellungsdebatte, IW-Positionen – Beiträge zur Ordnungspolitik Nr. 57, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2013

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Prognose zur Entwicklung der Schattenwirtschaft in Deutschland im Jahr 2013, Tübingen, 2013

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Betriebliche Ausbildungs-beteiligung 2006 bis 2014 – Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel, Aktuelle Daten und Indikatoren, 2016a

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Arbeitslosengeld-I-Bezug von Älteren – Zugänge, Bestand und Abgänge 2005 bis 2013, Aktueller Bericht 3/2016, 2016b

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), IAB-Betriebspanel, 2016c

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Erwerbspotenziale von Arbeitslosen und Erwerbstätigen: Das Stundenvolumen bringt zusätzliche Information, IAB-Kurzbericht 8/2016, 2016d

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Daten zur Entwicklung der Arbeitszeit und ihrer Komponenten, 2016e

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Brückeneffekte für Ausländer am Arbeitsmarkt – Zeitarbeit kann Perspektiven eröffnen, IAB-Kurzbericht 19/2016, 2016f

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Arbeitslose Neuzugänge in den ALG-II-Bezug: Ausgewählte Befunde nach Herkunfts- und Zielbranchen, Aktueller Bericht 18/2016, 2016g

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Does marginal employment promote regular employment for unemployed welfare benefit recipients in Germany?, IAB Discussion Paper 18/2016, 2016h

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Befristete Beschäftigung im öffentlichen Dienst, IAB-Forschungsbericht 12/2015, 2015a

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Situation atypisch Beschäftigter und Arbeitszeitwünsche von Teilzeitbeschäftigten. Quantitative und qualitative

Erhebung sowie begleitende Forschung, IAB-Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, 2015b

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Neueinstellungen in Teilzeit – Betriebe wie Beschäftigte können profitieren, IAB-Kurzbericht 19/2013, 2013a

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Zeitarbeit: Zusätzliche Jobs, aber auch Verdrängung, IAB-Kurzbericht 2/2013, 2013b

Minijob-Zentrale, Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung, II. Quartal 2016, 2016

OECD, OECD.Stat, Unemployment by duration, 2016a

OECD, OECD.Stat, Employment by job tenure intervals, 2016b

OECD, OECD.Stat, Incidence of unemployment by duration, 2016c

Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen, Lange Reihen ab 1950, 2016a

Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2016, 2016b

Statistisches Bundesamt, Erwerbstätigenrechnung, 2016c

Statistisches Bundesamt, Mikrozensus – Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland 2015, Fachserie 1, Reihe 4.1.1, Wiesbaden, 2016d

Statistisches Bundesamt, Atypische Beschäftigung, Kernerwerbstätige nach Erwerbsformen und sonstige Erwerbstätige, 2016e

Statistisches Bundesamt, Atypische Beschäftigung, Anteile Erwerbstätiger in unterschiedlichen Erwerbsformen nach soziodemografischen Merkmalen und Wirtschaftsabschnitten 2015, 2016f

Statistisches Bundesamt, Atypische Beschäftigung, Kernerwerbstätige nach einzelnen Erwerbsformen, 2016g



BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:

Breite Straße 29 | 10178 Berlin

Briefadresse:

11054 Berlin

T +49 30 2033-1400

F +49 30 2033-1405

arbeitsmarkt@arbeitgeber.de
www.arbeitgeber.de

Redaktion:

Dr. Jupp Zenzen

Stand:

Januar 2017

Fotografie:

Titel: istockphoto.com | monkeybusinessimages

Innenseiten: fotolia.com | industrieblick (4); contrastwerkstatt (10/15/29); auremar (13/17)

www.arbeitgeber.de